

Perspektiven
für Jugendliche mit
schlechteren Startchancen

Eine Stellungnahme
der Kammer der
Evangelischen Kirche
in Deutschland
für Bildung und Erziehung,
Kinder und Jugend

Herausgeber:
Kirchenamt der
Evangelischen Kirche in Deutschland
Herrenhäuser Straße 12
30419 Hannover
Telefon (0511) 2796-0
Telefax (0511) 2796-277

Vorwort

Durch die schwierige wirtschaftliche Lage sind die Probleme von Jugendlichen mit schlechteren Startchancen in diesem Jahr besonders offenkundig geworden. Seit Jahren bemühen sich viele Verantwortliche aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft, allen Schulabgängern einen Ausbildungsplatz zu vermitteln. Jeden Herbst ist man froh, wenn das zumindest statistisch gesehen einigermaßen gelungen ist. Die dahinter stehenden strukturellen Schwierigkeiten werden allerdings nur unzureichend angegangen. Es genügt nicht, die Jugendlichen lediglich unterzubringen. Verlegenheitslösungen bergen das Risiko des Scheiterns bereits in sich, stets zu Lasten der jungen Frauen und Männer. Immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene haben keine abgeschlossene Berufsausbildung – mittlerweile weit über eine Million. Die Jugendarbeit und die diakonischen Einrichtungen der evangelischen Kirche sind mit dieser Entwicklung unmittelbar konfrontiert. Mit eigenen Initiativen beteiligen sie sich an der Beseitigung des akuten Lehrstellenmangels.

Die vorliegende Stellungnahme der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend stellt die Startschwierigkeiten vieler Jugendlicher ins Berufsleben in einen größeren Problemzusammenhang. Die Kammer will Wege aufzeigen, um die Lage der jungen Menschen nachhaltig zu verbessern und konkretisiert damit die Bildungsdenkschrift der EKD „Maße des Menschlichen“ wenige Monate nach deren Veröffentlichung in einem wichtigen Teilbereich. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat die Stellungnahme dankbar und zustimmend entgegengenommen. Mit ihrer Veröffentlichung unterstreicht er sein Anliegen, die gesellschaftlichen Kräfte zu bündeln, um Jugendlichen beim Start in Ausbildung und Beruf wirksam zu helfen.

„Denn es sollen nicht die Kinder den Eltern Schätze sammeln, sondern die Eltern den Kindern“, schrieb der Apostel Paulus im zweiten Brief an die Gemeinde in Korinth (Kap. 12, Vers 14). Das von Paulus zitierte Sprichwort verweist damals wie heute auf das Verpflichtungsgefälle zwischen den Generationen, das in der christlichen Gemeinde ebenso besteht wie in anderen Bereichen der Gesellschaft. In diesem Sinn ist Ausbildung kein Almosen, sondern eine wertvolle Zukunftsinvestition, die wir unseren Kindern und Jugendlichen nicht verweigern dürfen. Sie haben ein Anrecht darauf.

Hannover, im September 2003

Präses i.R. Manfred Kock
Vorsitzender des Rates der
Evangelischen Kirche in Deutschland

Die Lage der Jugendlichen mit schlechteren Startchancen als ein Bildungsproblem erkennen

In Deutschland hat ein Ausbildungsabschluss für den erfolgreichen Start ins Berufsleben und den Verbleib im ersten Arbeitsmarkt große Bedeutung. Je geringer die formale Bildungsqualifikation, desto schlechter die Position auf dem Arbeitsmarkt. Darum ist es mehr als bedenklich, dass ca. 8 – 10 % aller Schulabgänger keinen Schulabschluss erhalten. Ungefähr 15 % aller Jugendlichen bleiben ohne Ausbildung – mit zunehmender Tendenz. Unter den Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben gegenwärtig etwa 40 % keine Ausbildung. Die Gesamtzahl der Jugendlichen zwischen 20 und 29 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung liegt mittlerweile weit über einer Million. Für die Zukunft unseres Landes und die gesellschaftliche Integration liegt in diesen Zahlen eine Sprengkraft, die endlich konsequent entschärft werden muss. Jugendliche, die von unserem Bildungs- und Beschäftigungssystem in seiner jetzigen Form nicht aufgefangen werden, brauchen dringend mehr Unterstützung. Dazu ist ein entschlossenes gesamtgesellschaftliches Handeln erforderlich.

Um fehlende Ausbildungsplätze wiederholt sich seit Jahren im Sommer ein Ritual aus Schuldzuweisungen, Absichtserklärungen, Appellen und kurzfristigen Aktionen. Vorbildliche Einzelinitiativen helfen dabei, eine aktuelle Notlage zu lindern, die jedoch nicht unerwartet kommt. Wie aber kann über solche für sich richtigen Schritte hinaus die Gesamtentwicklung verbessert werden? Von Seiten der Bildungspolitik wie von der Wirtschaft werden weiter reichende Antworten erwogen. Die Kirche unterstützt sie unter zwei Perspektiven, im Blick auf die zentrale Rolle des Bildungssystems und seiner Qualität und im Blick auf die Jugendlichen als Personen und ihren individuellen Weg im Bildungssystem.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich in ihrer Denkschrift „Maße des Menschlichen. Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft“ (2003) grundsätzlich zu ihrem Bildungsverständnis geäußert. Sie tritt für eine am ganzen Menschen orientierte Bildung ein, welche sich an den Lebenslagen, Interessen und Möglichkeiten der einzelnen Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen ausrichtet. Der Kirche liegt daran, dass die Unterschiede zwischen langsamer und schneller Lernenden, zwischen bildungsbegünstigten und bildungsbenachteiligten jungen Menschen und nicht zuletzt zwischen jungen Leuten mit unterschiedlichem ethnischen und religiösen Hintergrund stärker berücksichtigt werden.

Die Situation ungeschminkt und differenziert zur Kenntnis nehmen

Ursächlich für die hohe Zahl von Jugendlichen ohne Bildungsabschluss sind verschiedene Faktoren. Generell wirkt sich die Abhängigkeit von wirtschaftlichen Dynamiken aus. Als Folge der konjunkturellen Schwäche ist das gemeldete Ausbildungsstellenangebot deutlich gesunken. Die im letzten Jahr eingetretene Verschlechterung auf dem Ausbildungsmarkt setzt sich mit Brisanz fort. Nach Daten der Bundesanstalt für Arbeit sind von Oktober 2002 bis August 2003 knapp 47.000 weniger Ausbildungsplätze

gemeldet worden als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber übersteigt die der freien Lehrstellen um 113.100 – erheblich mehr als vor einem Jahr (77.800). Die Zahl der Betriebe, die ausbilden, liegt mittlerweile unter 25 %. Allerdings ist nur jedes zweite Unternehmen überhaupt zur Ausbildung zugelassen. Zwei Drittel aller Ausbildungsplätze stellen Betriebe mit weniger als 50 Mitarbeitenden.

Bislang werden 25 % der betrieblichen Ausbildungsverhältnisse vorzeitig gelöst. Nur ein Teil der Jugendlichen wechselt in andere Ausbildungsberufe oder -betriebe. Der andere Teil wird bei den Arbeitsämtern vorstellig, welche die Jugendlichen zumeist an private oder kommunale Bildungsträger vermitteln. Den dort erworbenen Qualifikationen stehen Arbeitgeber jedoch oft skeptisch gegenüber. Sie bevorzugen junge Leute, die im eigenen Betrieb oder in vergleichbaren Betrieben ausgebildet worden sind und sich dort bewährt haben. Die gesamtgesellschaftliche Mitverantwortung für die Ausbildung und Chancenvergabe über den eigenen Bedarf hinaus rückt dabei in den Hintergrund. Die Chancenlosen von heute aber sind die Arbeitslosen von morgen.

Im bisherigen Durchschnitt haben etwa 54 % aller arbeitslosen Jugendlichen keinen beruflichen Abschluss erworben, wobei sich diese Bilanz im vergangenen Jahr geringfügig verbessert hat. 20 % von ihnen verfügen auch nicht über einen Hauptschulabschluss. Jugendliche ohne Hauptschulabschluss stellen eine zwar begrenzte, aber besonders existenziell belastete und für die Gesellschaft bedrückende Teilgruppe der arbeitslosen Jugendlichen ohne beruflichen Abschluss dar.

Ferner befinden sich zurzeit ca. 300.000 Jugendliche in arbeitsmarktpolitischen Programmen der Bundesregierung. Schwerpunktmäßig werden sie dort auf eine Ausbildung vorbereitet oder direkt zu einem Berufsabschluss geführt. Allerdings bewegt sich eine wachsende Gruppe Jugendlicher zum Teil bereits seit mehreren Jahren auf dem Arbeitsmarkt, ohne darin dauerhaft integriert zu sein. In ihrem Leben wechseln sich Phasen der Arbeitslosigkeit und Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik ab. Forschungsbefunde belegen, dass solche Jugendlichen mit steigendem Alter tendenziell abnehmende Integrationschancen aufweisen. Insgesamt ist die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in 2003 im Vergleich zum Vorjahr um 15,6 % überproportional angestiegen.

Die Dramatik der Situation resultiert auch aus der schlechten Vermittelbarkeit der mit dieser Stellungnahme gemeinten Jugendlichen. Viele Lehrstellen haben besondere Anforderungsprofile, denen sie nicht genügen, weil ihnen dazu Fähigkeit und Bereitschaft fehlen. In manchen Berufen stoßen sie außerdem verstärkt seit den 90er Jahren auf die Konkurrenz durch Abiturienten.

Zu den Faktoren, welche die Situation negativ bestimmen, zählen außerdem Strukturprobleme der beruflichen Ausbildung, zum Beispiel der Stellenwert der berufsvorbereitenden Maßnahmen (s. u.).

Den größeren Problemzusammenhang sehen

Nach Auffassung der evangelischen Kirche ist die Situation der Jugendlichen mit schlechteren Startchancen in einen größeren Problemzusammenhang zu rücken, der seit kurzem durch internationale Vergleichsstudien (PISA u. a.) aufgeheilt worden ist. Die Förderung der betreffenden Jugendlichen hängt davon ab, dass sich das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem als Ganzes stärker von einer Ausleseorientierung zu einer Förderorientierung hin weiterentwickelt. Hierbei kommt es gleichzeitig auf mehrere Schritte an: auf frühe Förderung, die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern und ihre Entlastung, die Zusammenarbeit der Schule mit gesellschaftlichen Partnern, die Wertschätzung jedes einzelnen Jugendlichen, die Qualitätsverbesserung des schulischen Unterrichts, die Flexibilisierung und Modularisierung der Ausbildungsgänge und – inmitten dieses Kontextes – die Förderung der Jugendlichen mit schlechteren Startchancen.

Das Bildungsniveau in der Breite nachhaltig erhöhen

Für die bildungsbezogenen Aspekte haben die PISA-Studien deutlich gemacht, dass in der untersuchten Alterskohorte der 15-Jährigen in Deutschland der Anteil derjenigen, die nur das unterste elementare Kompetenzniveau erreichen oder sogar noch darunter bleiben, größer als in vielen anderen OECD-Staaten ist. Dies betrifft vor allem die Lesekompetenz. In den Studien wurde ferner sichtbar, dass in Deutschland der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Kompetenzerwerb besonders eng ist. Außerdem bleiben Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund – gerade aus solchen Familien, die als tägliche Umgangssprache eine andere Sprache als Deutsch verwenden – im Durchschnitt deutlich unter den Kompetenzniveaus zurück, die jene 15-Jährigen erreichen, deren Eltern beide in Deutschland geboren wurden. Der Sachverhalt betrifft aber nicht nur Kinder und Jugendliche mit einer anderen Muttersprache. Aus der Jugendarbeit zum Beispiel wird schon seit vielen Jahren warnend darauf hingewiesen, dass Konzentrationsfähigkeit und Leistungsbereitschaft bei Jugendlichen allgemein rückläufig sind.

Den genannten Befunden kann und darf nicht durch verschärfte Auslese begegnet werden. Erforderlich ist vielmehr eine umfassende Verbesserung der Prozessqualität des Unterrichts im Zeichen eines wirksamen, nachhaltigen „bildenden Lernens“ (Bildungsdenkschrift der EKD 2003).

Förderungsmaßnahmen früh beginnen

Bildungsdefizite in den ersten zehn Lebensjahren lassen sich später kaum wieder ausgleichen. Das gilt vor allem für den Spracherwerb und die Lesekompetenz. Darum müssen Fördermaßnahmen so früh wie möglich beginnen, zum Beispiel durch gezielte Sprach- und Konzentrationsförderung in den Kindertageseinrichtungen. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel sind nicht zuletzt volkswirtschaftlich gesehen überaus sinnvoll investiert. Kompensationsmaßnahmen im weiteren Lebensverlauf kosten wesentlich mehr. Schließlich müssen Jugendliche, die keinen Berufseinstieg finden, von

den sozialen Sicherungssystemen aufgefangen werden, ohne dazu einen eigenen Beitrag leisten zu können.

Förderungsmaßnahmen müssen darüber hinaus konsequent und kontinuierlich bedarfsorientiert durchgeführt werden. Einerseits ist es gut und richtig, wenn auch später noch Chancen bestehen, Versäumtes nachzuholen. Andererseits neigen Jugendliche dazu, sich bestimmten Anforderungen gerade in denjenigen Lebensjahren nicht zu stellen, die von besonderer Bedeutung sind, um als Erwachsene Verantwortung zu übernehmen.

Eltern stärken

Die Familie in ihren pluralen Formen hat als Vermittlungsinstanz zwischen Individuum und Gesellschaft eine herausragende Bedeutung. Indem sie Gefühle der Zugehörigkeit und des Vertrauens erzeugt, gewährt sie in der Regel einen grundlegenden emotionalen Rückhalt und vermittelt Kindern ein Selbstwertgefühl. Die Familie ist der erste soziale Ort, wo auf der Grundlage wechselseitiger Liebe und Zuwendung sowie gemeinsam geteilter Überzeugungen und Orientierungsmuster gelernt werden kann, das Leben zuversichtlich anzugehen.

Im Gegensatz zu Katastrophenmeldungen über den „Zerfall“ und die Erziehungsunfähigkeit der Familie vermittelt die Forschung ein im Ganzen positives Bild. Allerdings hat die moderne Gesellschaft für Kinder und Jugendliche ein Leben in Spannungen und widersprüchlichen Verhältnissen mit sich gebracht. Erwachsene nehmen sich oft zu wenig Zeit für ihre Kinder. Die für die Entfaltung einer Persönlichkeit dringend notwendigen Gespräche zwischen Eltern und Kindern, die auch eine grundständige Sprachentwicklung fördern, werden seltener. Ohne die Unterstützung der Familien ist aber eine erfolgreiche Schulbildung sehr erschwert. Nicht nur die Erziehung als Werteerziehung und Einführung in religiöse Wirklichkeitsdeutungen, sondern auch die für jeden Beruf notwendige Grundbildung beginnen in der Familie.

Obwohl den Schulen und anderen institutionalisierten Bildungseinrichtungen ein hohes Maß an Verantwortung und ausdrücklich die Hauptaufgaben der allgemeinen und beruflichen Bildung zukommen, können sie nicht die gesamten Erziehungs- und Bildungsaufgaben übernehmen beziehungsweise alle Potentiale der Jugendlichen zur Entfaltung bringen. So hängen die Leistungsmotivation vieler Schüler und die soziale Einstellung zu anderen Menschen stark von den Vorgaben in der Familie ab. Unbequeme Erziehungsaufgaben können nicht einfach an andere gesellschaftliche Instanzen delegiert werden. Um den nicht abweisbaren Anforderungen gewachsen zu sein, ist allerdings die Gesellschaft mit ihrer Familien- und Sozialpolitik aufgerufen, die Familien nach allen Möglichkeiten zu unterstützen. Dazu gehört, auch Alleinerziehenden und doppelt berufstätigen Eltern eine gute Elternschaft zu ermöglichen. Ebenso wirken sich anhaltende Mobilitätsanforderungen, die zu Wochenendfamilien führen, auf die Gestaltung des Familienlebens aus, das dann seinerseits Einfluss auf die Schulbiographie von Kindern haben kann. Arbeitszeiten sollten daher familienfreundlich ausgehandelt und organisiert werden.

In allen Belangen ist es wichtig, dass schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen stärker als bisher in Familien unterstützender und ergänzender Partnerschaft mit den Eltern zusammenarbeiten.

Jugendlichen Halt geben

Den rasanten Prozessen der globalen Entwicklung können viele Jugendliche nur noch mit Mühe oder überhaupt nicht folgen. Es gibt junge Menschen, die in ihrer Kindheit nicht in „haltenden Umgebungen“ aufwachsen konnten, um stabile seelische Strukturen wie Ich-Identität und Selbstwertgefühl auszubilden. Bildung betrifft wesentlich auch diese persönliche seelische Innenseite, die in vielen bildungspolitischen Programmen übersehen wird (vgl. die EKD-Bildungsdenkschrift, S. 21 f.). „Selbstverantwortlichkeit“ ist eine Fiktion bei solchen jungen Menschen, die kein „Selbst“ in Gestalt eines sie tragenden, Lebenszuversicht verleihenden Selbstbewusstseins entwickeln konnten. Für die Gemeinschaftsfähigkeit elementar wichtig sind ebenso Gewissen und Empathie für andere. Ohne ein positives Gefühl für den eigenen Wert ist man innerlich nicht frei genug, sich in andere einzufühlen und von ihnen her zu denken und zu handeln. Eine schwache Ich- und Gewissensentwicklung kann im Gegenteil plötzlich zusammenbrechen; Jugendliche reagieren dann mit Depression oder mit Gewalt und wollen in erschreckender, negativ gewendeter Verkehrung zeigen, dass sie doch noch jemand sind. Für die meisten Menschen hat Erwerbstätigkeit eine sinnstiftende Funktion. Dieser Lebensanker ist bedroht, wenn der Einstieg in das Beschäftigungssystem misslingt. Arbeitslosigkeit Jugendlicher und Anfälligkeit für Delikte korrelieren. Im schlimmsten Fall droht das Abrutschen. Jugendkriminalität und Suchtverhalten sind mögliche Folgen. Darum müssen Sozialisations- und Erziehungsaufgaben den kognitiven Bildungsforderungen vorausgehen und sie begleiten.

Qualität des Unterrichts verbessern und die Voraussetzungen für eine profilierte Schulkultur und individuelle Förderung schaffen

In den Kontroversen über das relative Gewicht der verschiedenen Faktoren, die das in dieser Stellungnahme behandelte Problem bedingen, spielt auch die Kritik an der schlechten Qualität der Schulbildung eine Rolle. Soweit sie zutrifft, ist Abhilfe geboten und möglich, wobei die Lehrenden nicht allein gelassen werden dürfen; sie brauchen entsprechende Qualifizierungsangebote.

Vielen Schülerinnen und Schülern fehlen elementare Lernvoraussetzungen. Sie sind nur schwer fähig und bereit, sich zu konzentrieren und ihr Leistungsverhalten zu strukturieren. Von den Unterrichtenden wird vielfach ein mangelndes Sozialverhalten beklagt. Ausreichende soziale Kompetenzen (Regelbewusstsein, Rücksichtnahme, Kooperationsbereitschaft, Teamfähigkeit) sind aber für eine spätere Berufsausübung und ein gelingendes Leben mindestens ebenso wichtig wie kognitive Fähigkeiten und Sachkompetenzen. Diesen Problemen kann nicht mit allgemeinen Bildungsstandards und einer einfachen Erhöhung des Selektionsdrucks begegnet werden. Für eine systematische

Sozialerziehung sind jedoch allein für bestimmte Fächer spezialisierte Lehrkräfte schlecht oder gar nicht gerüstet. Die geläufige Rede von einer „Lernkultur“, „Schulkultur“ oder „pädagogischen Kultur“ zeigt das Problem unmissverständlich an, die Realisierung des Wünschbaren lässt auf sich warten. Versuchsschulen zeigen überzeugend, was hinsichtlich der Schulentwicklung und attraktiven Profilbildung jeder Einzelschule möglich wäre. Nur breit gesellschaftlich und politisch unterstützte und geförderte Innovationen führen weiter – mit einem klar erwiesenen Ergebnis: Lehrkräfte und Schüler engagieren sich offensiv für ihre Schule und deren Qualität.

In den im erwähnten Sinn veränderten Schulen hat auch die viel berufene Forderung nach der verbesserten Diagnosefähigkeit der Lehrenden eine erheblich größere Chance. Die Zusammenarbeit der Lehrkräfte führt anhand von entstehenden „Schülerportraits“ zu gezielter individueller Förderung. Schülerinnen und Schüler, die auf diese Weise persönlich wahr- und ernstgenommen werden, lernen motivierter und leisten mehr. Lernberatung wird wichtig. Sie richtet sich an den unterschiedlichen Begabungen und Defiziten der Schülerinnen und Schüler aus. Versuchsschulen in sozialen Brennpunkten gelingt es so, das Fiasko von Schulabgängern ohne Abschluss (fast) völlig zu vermeiden.

Grundbildung („basics“) durch interessante und erleichternde Lernarrangements sowie Praxisbezug sichern

Es ist den Berufsschulen und erst recht den Betrieben nicht zu verdenken, wenn sie beklagen, dass den Jugendlichen die genannten „basics“ fehlen. Gefragt ist die Qualität des Unterrichts in den allgemein bildenden Schulen. Er muss eine bestimmte Grundbildung gewährleisten.

Die Unterrichtsforschung belegt, dass die Förderung benachteiligter und weniger begabter Jugendlicher, um die es hier besonders geht, konsequent adressatenbezogen geschehen muss. Dazu gehören:

- Lernen in Gruppen, das eine wechselseitige Unterstützung selbstverständlich werden lässt, während gleichzeitig die exponierte Leistungskontrolle des langsamer Lernenden „vor der Klasse“ mit ihren beschämenden und entmutigenden Begleitumständen zurücktritt;
- partieller Verzicht auf Notengebung (z. B. bei Legasthenikern), wodurch der individuelle Leistungsdruck gemildert wird; bei Gemeinschaftsarbeiten in Gruppen (s. o.) werden Bewertungen anders erlebt;
- durchweg mehr Beratung und Begleitung durch die Lehrenden hinsichtlich persönlicher Lernstrategien;
- viel größeres Gewicht auf Üben im Rahmen des Unterrichts selbst, bis auch Schwächere die „basics“ beherrschen;
- Teilmodularisierung der Ausbildungsgänge (s. u.);

- Garantien der Anschlussfähigkeit des bisher Gelernten an weitere Bildungsmaßnahmen.

In den Haupt- und Förderschulen sollte der Praxisbezug über gelenkte Praktika in Verbindung mit entsprechenden Fächern (z. B. Arbeitslehre, Werken) erhöht werden; Schnupperlehren und Arbeitsbesuche in der Wirtschaft sind zu unterstützen. Dort gezeigte Fähigkeiten müssen in der schulischen Leistungsbewertung entsprechend berücksichtigt werden.

Die jetzt verstärkt notwendige individuelle Förderung und Beratung, die sich an den unterschiedlichen Begabungen und Defiziten der Schülerinnen und Schüler ausrichtet, erfordert gegebenenfalls eine Reduzierung der Klassenstärke in den Hauptschulen, die in städtischen Problemgebieten liegen. Darüber hinaus sind spezielle Förderzentren auch in der Fläche einzurichten.

Ganztagsangebote verstärken

Bei den Ganztagsangeboten für Schulkinder sollten unterschiedliche Formen gleichwertig zur Geltung kommen; besonders wichtig ist eine regelmäßige und nachhaltige Möglichkeit für die Kinder und Jugendlichen, nach Beendigung der Unterrichtszeit mit pädagogischer Unterstützung Freizeit und Hausaufgabenerledigung zu verbinden sowie kompensatorische Angebote wahrzunehmen. Hier hat die individuelle Förderung gerade für benachteiligte Jugendliche einen guten Ort. Gleichzeitig muss gesehen werden, dass die zunehmende zeitliche Ausweitung von Schule freie Angebote der Jugendhilfe und anderer Träger erschwert. Ganztagsangebote in der Schule sind sinnvoll, wo sie gebraucht werden. Das gilt besonders für soziale Brennpunkte. Unter bestimmten lokalen und regionalen Bedingungen kann auch eine verpflichtende Teilnahme in Gestalt von teilweise offenen oder gebundenen Ganztagschulen notwendig sein. Nicht befürwortet wird die verpflichtende flächendeckende Einführung der Ganztagschule für alle Kinder und Jugendlichen.

Auf deutsche Sprachkenntnisse dringen

Mangelnde Sprachkenntnisse sind eine der Hauptursachen dafür, dass so viele ausländische Jugendliche und deutsche Jugendliche mit Migrationshintergrund keinen Schul- und Ausbildungsabschluss erhalten. Programme zum Erlernen der deutschen Sprache müssen darum so früh und so intensiv wie möglich ansetzen: im Elementarbereich bzw. unmittelbar nach der Einreise. Dabei ist auf eine konsequente Durchführung und Beteiligung zu achten. Was bei der Sprachförderung bisher versäumt wurde, muss nachgeholt werden.

Ausbildungsgänge flexibilisieren und modularisieren

Die Technologisierung unserer Arbeitswelt zieht allenthalben eine immer höhere Qualifizierung von Ausbildungsabschlüssen und Arbeitsplätzen nach sich. Das mittlerweile erreichte Anspruchsniveau vieler Ausbildungsgänge führt zu Problemen, die vielfach tabuisiert werden. Nicht wenige junge Menschen können hier aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr in vollem Umfang mithalten. Es gibt verschiedene Wege zur Verbesserung der Lage.

Die betriebliche Ausbildungspraxis sieht eine Lösung in zweijährigen Ausbildungsberufen („kleiner Gesellenbrief“) vor. Diese müssten allerdings in modularer Weise aufbau- und erweiterungsfähig zu einer Vollausbildung sein. Was im universitären Bereich durch den Bologna-Prozess (BA / MA etc.) angestoßen wurde, kann in ähnlicher Weise auch der Berufsausbildung Impulse geben. Reformen im beruflichen Bildungswesen dürfen nicht im Streit der Tarifparteien stecken bleiben. Wir brauchen vielmehr solche Bildungsangebote, die den Problemlagen der Jugendlichen gerecht werden sowie anschluss- und ausbaufähig sind.

Berufsausbildungsvorbereitung, Benachteiligtenförderung und berufliche Ausbildung effektiver integrieren

Für die Jugendlichen, welche trotz aller Bemühungen keinen Abschluss im allgemein bildenden Schulwesen erreichen, sollten entsprechende kombinierte Angebote im System der beruflichen Bildung und der Jugendhilfe bereitgestellt werden. Ferner brauchen die allgemein bildenden und beruflichen Schulen Partner in der Wirtschaft. Ansatzpunkte sind die bereits erwähnte Verbesserung der Allgemeinbildung, die Nachholung des Hauptschulabschlusses vor dem Berufsbildungsabschluss, Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung, berufliche Bildung und Nachqualifizierung sowie aufsuchende und motivierende Formen der Jugendberufshilfe, die sich auch um die Stärkung des Selbstwertgefühls Jugendlicher und um ihre seelische Stabilisierung kümmert (s. o.). Die vielfältigen Problemlagen dieser Jugendlichen erfordern differenzierte Angebote und auf den Einzelfall ausgerichtete Hilfe. Damit ist ein hoher pädagogischer Anspruch verbunden, der gutes Personal und Kontinuität in der Förderung braucht. Dies ist bei der Entscheidung über die Vergabe von Förderungsmaßnahmen – über den Kostenfaktor hinaus – mit zu berücksichtigen.

Ohne abgeschlossene und anerkannte Berufsausbildung gelten Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt auch dann als ungelernt, wenn sie eine Berufsvorbereitung oder Teile einer Berufsausbildung erfolgreich absolviert haben. Um an dieser Stelle zu elastischeren Strukturen zu kommen, müssen Benachteiligtenförderung und Berufsausbildungsvorbereitung zu einem dauerhaften und integralen Bestandteil der beruflichen Ausbildung werden, die im Idealfall im Betrieb stattfindet.

Für leistungsschwache Jugendliche müssen außerdem Formen des Zusammenwirkens zwischen außerbetrieblichen Einrichtungen und Betrieben flexibel genutzt werden. Wenn

Berufsausbildung und Benachteiligtenförderung auf unterschiedliche Weise mit der „regulären“ Ausbildung verzahnt werden, sollte dies eine wechselseitige Anerkennung einschließen. In diesem Zusammenhang müssen die Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit erheblich besser mit dem staatlich geregelten Berufsbildungssystem verknüpft werden. Nachbarländer wie die Niederlande und Dänemark haben durch die Reform ihrer Berufsbildungsstruktur angemessenere und elastischere Regelungen gefunden.

Insgesamt ist es dringend notwendig, die verschiedenen Maßnahmen und Sonderprogramme mit ihren unterschiedlichen Kostenträgern (Arbeitsämter, Bundesländer, Kommunen, Europäische Union) so zu organisieren, dass damit im Berufsbildungssystem verwertbare und anerkannte Qualifikationen erreicht werden. Sie müssen auf die Integration ins offizielle Berufsbildungssystem zugeschnitten werden. Teilqualifikationen, die in den Ausbildungslehrgängen anerkannt werden, müssen die gewünschte Integration absichern. In den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen sind Qualifizierungsbausteine aus anerkannten Ausbildungsberufen zu vermitteln und zu bescheinigen.

Es ist zu begrüßen, dass die Berufsausbildungsvorbereitung als eine wichtige Säule der beruflichen Ausbildung in das Berufsbildungsgesetz integriert worden ist. Die vorbereitenden Maßnahmen brauchen jedoch Anerkennung und Abstimmung mit dem regulären System. Wenn stattdessen Jugendliche wiederholt in Warteschleifen ihre Zeit verbringen, ohne dass sie beruflich weiterkommen, werden sie immer stärker demotiviert und verlieren ihre Lebenszuversicht.

Den Dienstleistungsbereich entwickeln

Trotz vieler Anstrengungen wird es nicht möglich sein, wirklich alle Jugendlichen so zu fördern, dass sie einen Bildungsabschluss erwerben und sich ohne Probleme in die immer komplexer werdende Arbeitswelt eingliedern lassen. Die zuletzt von den PISA-Studien nachgewiesenen sozialen Ungleichheiten im Bildungswesen lassen sich zudem nur sehr langsam abbauen. Dennoch brauchen auch formal gering qualifizierte junge Erwachsene eine sinnvolle Beschäftigung. Es ist menschenunwürdig und letztlich teurer, sie in die sozialen Sicherungssysteme auszugrenzen. Einfacharbeit fällt im industriellen Bereich aber ständig weniger an. Immer häufiger müssen stattdessen programmgesteuerte Arbeitsmittel bedient werden. Einfacharbeit ist daher heute unter Einbeziehung von kleineren Betrieben und privaten Haushalten eher im Dienstleistungsbereich zu entwickeln. Dafür sind die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

In diesem Zusammenhang sind die Möglichkeiten von Kombilohnmodellen längst noch nicht hinreichend erörtert. Die Schwierigkeit, vorhandene Niedriglohngruppen abzugrenzen und Mitnahmeeffekte zu verhindern, darf kreative Lösungen nicht von vornherein verhindern.

Darüber hinaus gäbe es im ökologischen Bereich, in sozialen und diakonischen Einrichtungen oder im Rahmen der Familienhilfe eine Vielzahl an einfachen und zugleich

notwendigen Beschäftigungsmöglichkeiten – sofern die Finanzierung als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen würde. Momentan ist eher ein gegenteiliger Trend erkennbar.

Freie Träger unterstützen und besser einbeziehen

Beschäftigungsfähigkeit lässt sich nicht allein durch schulische Bemühungen erreichen. Deswegen darf die Bedeutung des außerschulischen Bildungsbereichs, wie er gerade für die Jugendsozialarbeit wichtig ist, für eine gelingende Berufsausbildung nicht übersehen werden. Neben den staatlichen Maßnahmen gilt es hier alternative Projekte zu erproben. Dabei sind die Träger der freien Wohlfahrtspflege und der Jugendhilfe mit einzubeziehen. Jugendhäuser, Ausbildungscamps u. a. können motivieren und Defizite ausgleichen helfen. Denkbar sind ferner Partnerschaften mit dem örtlichen Umfeld: So könnten Jugendliche, die vom Scheitern in der Hauptschule bedroht sind, in Einrichtungen der Jugendhilfe von gemeinnützigen Trägern in kleinen Gruppen ergänzende oder alternative Angebote erhalten und von qualifiziertem Personal besonders betreut werden. Das erfordert allerdings zusätzliche finanzielle Mittel. Auch auf örtliche Modelle der public-private-partnership könnte hier zurückgegriffen werden.

Um die Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen zu sichern, müssen in einem weiteren Horizont schließlich Räume und Orte einbezogen werden, die nicht unmittelbar der Berufsausbildung dienen. Dennoch können diese für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen entscheidende Bedeutung erlangen, indem sie durch Anerkennung und Selbständigkeit das Selbstwertgefühl steigern. Eine bedeutsame Rolle spielen hier Sportvereine, Jugendgruppen, Jugendreisen, ehrenamtliche Tätigkeit, generationsübergreifende Erfahrungen oder bürgerschaftliches Engagement und schließlich Lebensräume, die nicht pädagogisch vorstrukturiert sind. Sie können neue Erfahrungsräume eröffnen sowie andere Rollenmuster und Lernfelder zugänglich machen. Kirchen und christliche Verbände bringen hier ihre vielfältige Kinder- und Jugendarbeit ein. Sie leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Sinnfindung und Lebensorientierung in der pluralen Gesellschaft auch für diejenigen, welche die Leistungsanforderungen der modernen Erwerbsarbeit nur begrenzt erfüllen können.

Es ist wichtig, die schulische Ausbildung und die Angebote freier Träger in Ergänzung zu sehen und nicht in Konkurrenz zu bringen. Das schließt die Entwicklung einer geregelten Zusammenarbeit zwischen Schule und freien Trägern im Sinne einer Bildungspartnerschaft ein.

Jugendliche auf der Suche nach Lebenssinn und tragfähigen Lebenszielen begleiten

In der Perspektivlosigkeit von Jugendlichen spiegeln sich auch Haltungen von Erwachsenen und bestimmte gesellschaftliche Leitbilder. Menschen, die einfache

Tätigkeiten verrichten, fehlt vielfach die notwendige Anerkennung. In ihnen nagt die Frage „Werde ich überhaupt gebraucht?“

Ferner entziehen sich den Jugendlichen viele Erwachsene, gerade auch die engsten Angehörigen. Mit ihnen können sich Jugendliche nur schwer identifizieren. Für die eigene Lebensorientierung wäre es aber wichtig, vor allem von Eltern und Lehrern zu wissen: „Was ist denn euch wichtig?“, „Woran glaubt ihr?“, „Was bedeute ich euch?“ Solchen Fragen weichen Erwachsene gern aus oder sie beantworten sie anders, als es in ihrem Leben erkennbar wird, und werden damit unglaubwürdig. In der Öffentlichkeit wird den Jugendlichen vielfach nahegelegt, flexible und mobile Lebensmuster aufzubauen. Das allein vermittelt keinen Sinn. Jugendliche suchen Orientierungshilfen, die sie überzeugen, und Menschen, die sie auf ihrer individuellen, oft auch religiösen Sinnsuche begleiten.

Seit der Reformation hat sich die evangelische Kirche in unterschiedlicher Weise um benachteiligte Jugendliche gekümmert. In Schulen, christlichen Jugenddörfern, Initiativen der Jugendarbeit, Familienberatungsstellen, Behinderteneinrichtungen, betreuten Wohngruppen etc. kommt diese Sorge auch heute vielfältig und umfassend zum Ausdruck. Die Situation hat sich jedoch beruflich und existenziell gesehen verschärft. Neben der Verantwortung von Staat und Gesellschaft ist die Kirche aufgefordert, selbstkritisch zu überdenken, ob sie genug tut, um Jugendlichen die befreienden und heilsamen Perspektiven des christlichen Glaubens aufzuzeigen. Dieser Glaube kann den Lebensmut und die Lebenszuversicht stärken und so nicht zuletzt die Ausbildungsfähigkeit eines Jugendlichen fördern. Die Erfahrung von Vertrauen und Glaubwürdigkeit gehört in die Mitte unserer gesellschaftlichen ethischen Verantwortung; Glaube, Liebe und Hoffnung bilden die ausstrahlende Mitte der Beziehung zu Gott.

Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend

Mitglieder:

Redakteur Jörgpeter *Ahlers*, Hamburg
Ministerialdirigentin Dr. Ingeborg *Berggreen-Merkel*, München
Ltd. Regierungsschuldirektor a. D. Professor Günter *Böhm*, Münster
Staatssekretär Wolf-Michael *Catenhusen*, Berlin
Hedi *Colberg-Schrader*, Flensburg
Pfarrer i. R. D. Roland *Degen*, Berlin
Professor Dr. Karl-Heinz A. *Geißler*, München
Professor Dr. Peter *Meis*, Moritzburg
Professor Dr. Richard *Münchmeier*, Berlin
Ltd. Regierungsschuldirektor a. D. Jörgen *Nieland*, Mettmann
Professor Dr. Dr. h.c. Karl Ernst *Nipkow*, Tübingen (Vorsitzender)
Generalsekretär Pfarrer Ulrich *Parzany*, Kassel
Staatssekretär Günther *Portune*, Dresden
Direktor Professor Dr. Christoph Th. *Scheilke*, Stuttgart
Professorin Dr. Annette *Scheunpflug*, Nürnberg
Professor Dr. Ulrich *Schwab*, München (Stellv. Vorsitzender)
Professor Dr. Friedrich *Schweitzer*, Tübingen
Realschullehrer i. R. Dieter *Velten*, Linden († 26.12.2002)
Akademiedirektor Pfarrer Peter *Vogel*, Meißen
Landtagspräsident a. D. Professor Rolf *Wernstedt*, Hannover
Staatsministerin Karin *Wolff*, Wiesbaden

Ständige Gäste:

Oberkirchenrat Dr. Jürgen *Frank*, Hannover
Oberkirchenrat Detlef *Rückert*, Berlin
Kirchenrat Klaus *Schmucker*, München

Geschäftsführung:

Oberkirchenrat Matthias *Otte*, Hannover